

# Stoppt die Beitragsspirale!

## Die Versicherten zahlen nicht für eine verfehlte Gesundheitspolitik

### Die Bundeskonferenz hat beschlossen:

Die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland verschärft sich. Allein im ersten Halbjahr 2024 haben sie ein Defizit von 2,2 Milliarden Euro aufgebaut. Bis zum Jahresende wird es auf mehr als 4,5 Milliarden Euro anwachsen.

Die Leistungsausgaben der Krankenkassen an ihre Versicherten explodieren, die Einnahmen können nicht mithalten. Die Rücklagen der Kassen, das heißt die Versichertenbeiträge, sind in den vergangenen Jahren durch Eingriffe des Gesetzgebers nahezu komplett aufgebraucht worden. Weitere gesetzliche Änderungen wie

zum Beispiel die geplante Krankenhausreform treiben die Kosten nach oben.

Die Folge dieser Politik ist, dass viele Krankenkassen außerplanmäßig und unterjährig den Zusatzbeitrag erhöhen mussten. Spätestens zum Jahreswechsel 2024/2025 werden weitere Kassen nachziehen.

Mit dieser Resolution setzen wir als EVG ein Zeichen dafür, dass eine weitere Belastung unserer gesetzlich krankenversicherten Mitglieder dringend abgemildert werden muss.

### Die EVG-Bundeskonferenz fordert daher von Bund und Ländern

#### → Ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft

Eine gerechte und zukunftsfeste Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) kann nur mit dem Modell einer ‚Bürgerversicherung Gesundheit‘ gesichert werden, bei der schrittweise weitere Bevölkerungsgruppen einbezogen werden und die solidarische Finanzierungsgrundlage weiterentwickelt wird.

#### → Keine Zweckentfremdung der GKV für einen öffentlichen Nebenhaushalt des Bundes

Die von den Krankenkassen eingenommenen Gelder müssen wieder für die Versicherten genutzt werden und dürfen nicht weiter als Verfügungsmasse für gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie zum Beispiel der Pandemiebekämpfung genutzt werden.

Nach deutschem Recht gleicht ein Bundeszuschuss bestehende Defizite der gesetzlichen Krankenversicherung aus. Dieser muss erhöht bzw. regelhaft dynamisiert und vollständig an die tatsächlichen Ausgaben für versicherungsfremde Leistungen angepasst werden.

Der Bund muss seine Finanzverantwortung übernehmen und die Beiträge für die Gesundheitsversorgung von Bürgergeld-Beziehenden kostendeckend an die Krankenkassen, die in Vorleistung gehen, zurückerstat-ten.

#### → Keine weiteren politische Eingriffe in die Reserven der einzelnen Krankenkassen

Die Vermögensabschöpfungen der vergangenen Jahre haben die Finanzsituation insgesamt verschlechtert

## Resolution der 4. EVG-Bundeskonferenz 19.11.2024

und sind ein eklatanter Eingriff in die soziale Selbstverwaltung. Beitragsgelder müssen vor politischen Zugriffen geschützt werden.

### → **Arzneimittel sind kein Luxusgut**

Der Mehrwertsteuersatz bei Arznei-, Hilfs- und Heilmitteln muss auf sieben Prozent gesenkt werden.

### → **Eigenständigkeit der BAHN-BKK und Sicherung der Arbeitsplätze der Kolleg:innen**

Zudem bekennt sich die EVG zur BAHN-BKK und ihren Beschäftigten. Die EVG besteht auf die weitere Eigenständigkeit der BAHN-BKK.

Die BAHN-BKK steht für Serviceleistungen und hat gerade im Bereich Prävention und Vorsorge spezielle Angebote, die auf die Bedürfnisse des vielseitigen Berufsalltags der Eisenbahner:innen, und somit auf die Mitglieder der EVG, ausgerichtet sind. Hier hat die BAHN-BKK ein Alleinstellungsmerkmal, welches wir schützen und vielmehr ausbauen wollen. Mit zusätzlichen Satzungsleistungen unterstützt die BAHN-BKK die Versicherten wie zum Beispiel bei posttraumatischer Belastungsstörung insbesondere für Berufsgruppen im Verkehrsmarkt.

### → **Eine starke Pflegeversicherung für die Menschen**

Nicht nur die Lage bei der gesetzlichen Krankenversicherung ist dramatisch. Auch bei der sozialen Pflegeversicherung erhöhen sich weiter die Beiträge. Hinzu kommen steigende Eigenanteile in der stationären Pflege, die immer mehr Menschen finanziell überfordern und sie zwingen, Sozialhilfe zu beantragen.

Wir fordern die nächste Bundesregierung daher auf, eine zukunftsfähige und umfassende Pflegereform auf den Weg zu bringen, die Pflegebedürftige und ihre Angehörigen absichert, entlastet und unterstützt und die die soziale Pflegeversicherung nachhaltig sichert.